

Kein Platz für Nazis

Rechtsextremismus in
Deutschland

ALLGEMEIN

RAUS

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Zur Sache



Kein Platz für Nazis

Inhalt

- 04 Kein Platz für Nazis
- 05 Das Problem beim Namen nennen: Rechts-
extremismus in Deutschland
- 10 Netzkampagnen: Wie nutzen Rechtsextreme
das Internet – und wofür?
- 15 Rechtsextreme Musik: Zwischen Schlager,
Volkslied, Hip-Hop und Hardrock
- 18 Fußball: Rechtsextremismus auf Feld und
Tribüne
- 23 Erkennungszeichen: Rechte Codes und
Symbole richtig deuten
- 26 Wofür steht die SPD-Bundestagsfraktion?
- 30 Links: Infos und Hilfe bei Problemen mit
Rechtsextremismus

Kein Platz für Nazis

Springerstiefel, Bomberjacke und Glatze: Schon lange sind Neonazis nicht mehr so einfach zu erkennen. Die Rechtsextremen von heute setzen auf subtilere Taktiken. Sie posten Fotos, Videos und Hetzartikel im Internet, veranstalten konspirative Konzerte und suchen in Fußballstadien nach neuen Anhängern. Dabei verstehen sich die braunen Rattenfänger in der Kunst der Tarnung: Wer ihre Codes und Symbole nicht kennt, fällt schnell auf ihre Propaganda herein.

Rechtsextremismus ist in Deutschland leider kein Randphänomen: Quer durch die Gesellschaft lassen sich rechtsextreme und andere menschenfeindliche Einstellungen finden. Umso wichtiger ist es, entschieden für Demokratie und Menschenrechte einzustehen und Rassismus und Nazi-Parolen eine klare Absage zu erteilen.

Diese Broschüre hilft dabei. Sie entlarvt die Strategien der Neonazis, klärt über ihre Erkennungszeichen auf und informiert über das Engagement der SPD-Bundestagsfraktion. Klar ist: Rechtsextreme und Rassisten dürfen in Deutschland keinen Platz haben.

Das Problem beim Namen nennen: Rechtsextremismus in Deutschland

.....

Im November 2011 erlitt Deutschland einen Schock: Damals wurde bekannt, dass eine rechtsextreme Terrorgruppe jahrelang mordend durch das Land gezogen war. Insgesamt zehn Menschen fielen dem Rassenhass des so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zum Opfer. Die Terrorzelle ermordete neun Bürger türkischer bzw. griechischer Herkunft und eine Polizistin.

Bis dahin wurde das Thema Rechtsextremismus in Deutschland oft verharmlost. Sätze wie »Neonazis gibt es doch kaum noch« oder »Die tun doch niemandem wirklich etwas« fielen häufig. Wie falsch dies war, zeigte der NSU auf erschütternde Weise. Die Morde und mindestens zwei Sprengstoffanschläge der Terrorgruppe in Köln waren ein Angriff auf die Grundfeste unserer Gesellschaft.

Im Bundestag und in mehreren Bundesländern haben Untersuchungsausschüsse versucht zu klären, wie es zu den Taten kommen konnte und warum sie so lange unentdeckt blieben. Ihre Erkenntnisse sind erschreckend: Polizei, Verfassungsschutz und Justiz haben schlicht versagt, auf allen Ebenen gab es Pannen und Versäumnisse



*V. l. n. r.: Uwe Mundlos, Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt:
Gesichter des NSU (Quelle: Picture-Alliance/dpa)*

der deutschen Sicherheitsarchitektur. In vielen Sicherheitsbehörden herrschte Unwissenheit über rechtsextreme Gewalt, dazu kamen mangelnde Kommunikation, falsch verstandene Zuständigkeiten und Eitelkeiten. Ohne diese Fehler wäre die Terrorzelle vielleicht früher gestoppt worden.

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages hat deswegen Maßnahmen vorgeschlagen, um die Prävention von rechtsextremistischen Taten zu verbessern. Alle Bundestagsfraktionen haben zu Beginn der neuen Wahlperiode ihren Willen bekräftigt, Konsequenzen zu ziehen und die Bundesregierung aufgefordert, die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses zügig und umfassend umzusetzen (Bundestagsdrucksache 18/558). Die Bundesregierung hat dazu mittlerweile einen Gesetz-

entwurf in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 18/3007).

Klar scheint außerdem, dass sich der NSU nicht im luftleeren Raum bewegte. Die Verbrechen waren eingebettet in ein gesellschaftliches Klima, in dem rechtsextremes Gedankengut und Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Jeden Tag gibt es in Deutschland rassistische Vorfälle: von rechtsextremen Schmierereien bis hin zu gewalttätigen Überfällen durch Neonazis. Insgesamt passieren durchschnittlich 45 Straftaten mit rechtem Hintergrund, davon zwei bis drei Gewaltstraftaten – und das täglich. Studien zeigen zudem immer wieder

auf erschreckende Art und Weise, wie viele Menschen rassistische Vorurteile haben.

Für Initiativen und Beratungsstellen ist das keine Neuigkeit. Sie engagieren sich Tag für Tag gegen die braunen Umtriebe. Ihre Arbeit war in der letzten Wahlperiode durch die so

*Nazischmierereien am Anton-Schmaus-Haus in Berlin
(Quelle: Theo Schneider)*



genannte Extremismusklausel der schwarz-gelben Bundesregierung gefährdet. Denn die stellte sie unter den Generalverdacht, verfassungsfeindlich zu sein. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) hat die Extremismusklausel im Frühjahr 2014 abgeschafft. Damit hat sie eine wichtige Forderung der SPD-Bundestagsfraktion und vieler Initiativen und Beratungsstellen gegen Rechts umgesetzt.

Das neue Bundesprogramm »Demokratie leben!« startete im Januar 2015. Damit verbessern wir die Arbeitsbedingungen für alle Organisationen, die gegen Rechtsextremismus und menschenfeindliche Einstellungen kämpfen. Wir wollen, dass der Bund die Programme zur Demokratieförderung in Ost- und Westdeutschland langfristig fördert und dafür auch mehr Geld in die Hand nimmt. Denn wir brauchen überall ein Angebot an Mobilen Beratungsteams, die vor Ort helfen sollen, Probleme mit Nazis zu lösen. Menschen, die Opfer von Gewalt wurden, brauchen Opferberatungsstellen in ihrer Nähe. Außerdem wollen wir durch Bildungsangebote vor allem für junge Leute dafür sorgen, dass Vorurteile gegen andere Gruppen abgebaut werden und nicht zu Hass und Gewalt führen.

Zum Rechtsextremismus in Deutschland gehört auch die NPD, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, als dessen politischer Arm: Seit 50 Jahren verherrlicht sie den Nationalsozialismus, verbreitet menschen-

feindliche Propaganda und wendet sich gegen Werte wie Freiheit und Demokratie. Da Parteien, die bei der Bundestagswahl mindestens 0,5 Prozent oder bei einer Landtagswahl mindestens ein Prozent der Stimmen erhalten haben, in Deutschland über die Parteienfinanzierung Geld bekommen, finanziert die NPD darüber einen nicht kleinen Teil der rechten Szene – ein unerträglicher Zustand.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich immer klar für das Verbot der verfassungsfeindlichen NPD ausgesprochen. Es ist gut, dass der Bundesrat Ende 2013 einen solchen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht und damit das Verfahren zum Verbot der NPD in Gang gesetzt hat. Dieses Verbot wird natürlich nicht reichen, um den Rechtsextremismus in Deutschland zu beseitigen. Aber es wäre ein deutliches Signal im Kampf gegen menschenfeindliches und rassistisches Gedankengut.

Netzkampagnen: Wie nutzen Rechtsextreme das Internet – und wofür?

Die Nutzung des Internets durch Rechtsextreme ist kein neues Phänomen. In der sich ständig verändernden Online-Landschaft entwickeln sich auch die Angebote der Neonazis weiter und passen sich den neuen Möglichkeiten und Vorteilen des Internets an.

Über die sozialen Netzwerke, die von den Rechtsextremen hauptsächlich für Kommunikation und Rekrutierung genutzt werden, erreichen sie innerhalb von Minuten ein breites Publikum. Aktionen können spontaner und öffentlichkeitswirksamer geplant und durchgeführt werden. Von Demo-Ankündigungen und Mobilisierungen bis hin zu Live-Tweets und Online-Chats versuchen Neonazis, ihre Präsenz in der Internet-Öffentlichkeit zu stärken. Foren, Spiele und »Nationale« Nachrichten-Services bieten Userinnen und Usern ein breites Spektrum an rechtsextremen Parallel-Angeboten.

Facebook, YouTube, Twitter, private Blogs: Neonazis nutzen alle verfügbaren Kanäle für ihre Propaganda. Durch Verlinkungen und Weiterleitungen klickt man sich schnell immer tiefer in das Netz aus Rassismus und Antisemi-

Demonstrationsbericht zur Demonstration „Aachen bleibt unsere Stadt!“

25.09.2010 | Aktionsgruppe Rheinland (AG-R)



Eine rechtsextreme Website im »Sprayer«-Stil: Das Logo oben rechts erinnert an das Logo einer linken »Antifa«-Gruppe. (Quelle: Screenshot)

tismus. QR-Codes, die auf Sticker, Poster und Plakate gedruckt werden und über das Smartphone eingelesen werden können, schaffen die Verbindung zwischen On- und Offline-Welt. Die Szene ist ständig auf der Suche nach »Nachwuchs«. Darum sind vor allem Jugendliche die Zielgruppe der Propaganda-Kampagnen. Durch »jugendtypische« Ansprache versuchen Rechtsextreme, Jugendliche dort zu erreichen, wo sie einen Großteil ihrer Freizeit verbringen: Im »Weltnetz«, wie das Internet in der Szene

häufig genannt wird. Die Aufmachung der Angebote wirkt oft sehr einfach. Doch viele Seiten legen ihren Fokus mittlerweile stärker auf das Design. Angelehnt an das, was unter »Jugendkultur« verstanden wird, verbinden sie Graffiti-Ästhetik mit Nazi-Symbolik, um »Rebellentum« zu suggerieren. Häufig wird auch ursprünglich »linke« Symbolik übernommen und neu besetzt.

Ein Beispiel: Die Facebook-Seite »Deutschland gegen Kindesmissbrauch« wird von Rechtsextremen betrieben. Unter den »Gefällt mir«-Angaben der Seite finden sich auch andere rechtsextreme Kampagnen und Projekte. Ebenso bewirbt die NPD die Seite, auf deren Pinnwand man immer wieder Forderungen nach Folter und Todesstrafe findet.



Die NPD bewirbt die Veranstaltung »1.000.000 Stimmen gegen Kinderschänder« der Seite »Deutschland gegen Kindesmissbrauch.« (Quelle: Screenshot/facebook.com)



»Damit die Nachwelt nicht vergisst, dass du Deutscher gewesen bist« heißt es auf dem Banner der Unsterblichen, die mit Masken und Fackeln durch mehrere deutsche Städte zogen. (Quelle: Screenshot/youtube/allmystery)

Die Internet-Kampagnen der Rechtsextremen sind auf das typische Netz-Verhalten abgestimmt. Wer im Internet unterwegs ist, will Informationen kurz und knapp vermittelt bekommen. Die Kampagnen sind deshalb simpel aufgebaut. Durch plakativ formulierte Kampfansagen und emotional aufgeladene Aussagen (»Todesstrafe für Kinderschänder«) wollen sie Angst und Aggression schüren. Dabei bieten sie keine Lösungen, sondern nur simple

Propaganda. Oft nutzen sie nicht-rechte Themen, um ihre Ideologie unauffälliger platzieren zu können. Wer hier nicht genau hinschaut, geht den rechtsextremen Rattenfängern schnell auf den Leim und klickt versehentlich ein »Gefällt mir« als Zustimmung für eine rechtsextreme Kampagne.

Ein Beispiel für die Verbindung von Online-Kampagne und Offline-Bewegung sind die »Unsterblichen«. Von der mittlerweile verbotenen Brandenburger Gruppe »Spreelichter« ausgehend bildeten sich bundesweit kleine Gruppen, die mit Videos von nächtlichen Fackelmärschen auf sich aufmerksam machten. Sie nutzten das Internet exzessiv für ihre Propaganda vom angeblichen »Volkstod« der Deutschen.

Weitere Themen, die gerne von Nazis im Netz instrumentalisiert werden, sind Pressezensur, Islamfeindlichkeit, vermeintliche »Deutschenfeindlichkeit« und die Kritik an »Multikulti«. Doch auch unter dem Deckmantel von EU- und Euro-Kritik sowie über die Themen Umwelt- und Naturschutz versuchen Rechtsextreme, sich Zugang zu nicht-rechten Userinnen und Usern zu verschaffen.

Rechtsextreme Musik: Zwischen Schlager, Volkslied, Hip-Hop und Hardrock

Musik gehört zu den wichtigsten Rekrutierungsfeldern, um Jugendliche anzusprechen. Etwas »Verbotenes« zu tun, ist dabei genauso wichtig wie das Gefühl, verstanden zu werden. Darum greifen viele rechtsextreme Liedermacher Alltagsthemen auf, erzählen von Einsamkeit und Isolation, aber auch vom Willen zum Widerstand. Einige bemühen sich, mehr oder weniger subtil, Propaganda in ihren Liedern unterzubringen oder rufen zur Rebellion gegen »das System« auf. Andere zelebrieren ganz offen



(Quelle: Otto Belina)

NS-Regime und Rassenhass. Alle versuchen, über Musik rechtsextreme Ideologien zu verbreiten und ein Zusammengehörigkeits- und Nationalgefühl zu schaffen.

Die Alben rechtsradikaler Künstler schaffen es zwar in aller Regel nicht bis auf die Ladentheke, verbreiten sich jedoch rasend schnell über das Internet. Während die meisten Musikportale versuchen, indizierte Musik zu entfernen, geht vieles in der schieren Masse unter. Bei YouTube findet man tausende rechtsextreme Lieder. Kaum ist eines gelöscht, wird schon das nächste hochgeladen. Viele Künstler bieten ihre Musik auch direkt zum kostenlosen Download an. Die private Weitergabe von Musik über USB-Sticks, gebrannte CDs und externe Festplatten ist zudem kaum überprüfbar. Was rechtsextreme Konzerte zum Anziehungspunkt für Jugendliche macht, ist auch das verschwörerische Drumherum: die Geheimhaltung, der Weg zum Konzert, über SMS an Kontrollposten vorbei, geleitet, zu abgelegenen Gebäuden oder Scheunen. Das wirkt wie ein verbotenes Abenteuer, schafft Gruppengefühl und die Illusion, »Auserwählter« zu sein. Stärkere Polizeikontrollen zwingen einschlägige Bands nun öfter ins Ausland. 2012 ging es zum gemeinsamen »Rechts-Rocken« zum Beispiel nach Frankreich und Ungarn. Bekannte Vertreter der Szene sind N'Socialist Soundsystem, KrawallBrüder, Dee Ex, Makss Damage, Lunikoff, Skrewdriver, Kategorie C, Frontalkraft, Sleinir, Frank Rennicke, Gigi und die braunen Stadtmusikanten, Sturm 18 und Annett Müller.

Zu sanften Gitarrenklängen skandiert der rechtsextreme Liedermacher Teja »Sieg Heil, Sieg Heil«. Makss Damage rappt derweil »Tötet diese antideutschen Hurensöhne« und »Lasst den Davidstern brennen« auf die Bässe von »Let it Rock«. Zwischen Schlager, Volkslied und Hardrock gibt es alles auf dem Markt. Selbst »jugendaffine« Musikrichtungen wie Hip-Hop werden genutzt, auch wenn dies vielen Neonazis nicht gefällt, die sich an den Ursprung von Rap-Musik erinnern. Doch ob Gitarrensolo, Metal oder Sprechgesang – die Themen sind immer die gleichen: Identitätssuche, Kameradschaften, Heimatliebe, und der Heldentod fürs Vaterland bestimmen die Texte. Die Bands und »Barden« bewegen sich dabei oft hart an der Grenze der Legalität.

Der erste Kontakt mit rechtsextremer Musik ist für viele Jugendliche die »Schulhof-CD«. Diese Propaganda-Alben werden seit 2004 u. a. von der NPD vor weiterführenden Schulen verteilt und enthalten die bekanntesten Vertreter der Szene. Wegen jugendgefährdender Inhalte wurden



sie mehrfach von der Bundesprüfstelle indiziert.

Die »Jungen Nationaldemokraten«, die Nachwuchsorganisation der NPD, werben online für die »Schulhof-CD«.
(Quelle: Screenshot)

Fußball: Rechtsextremismus auf Feld und Tribüne

Neben Musik bietet der Fußball eine weitere Möglichkeit für Rechtsextreme, um Jugendliche anzusprechen. Zwischen rechtsextremer Musik und Fußball bestehen enge Verbindungen. So heißt ein Lied der rechtsextremen Band Kategorie C passenderweise »Fußball, Party, Alkohol« und beschreibt das, was Neonazis mit dem Nationalsport Nummer eins verbinden. Der Name der Band, Kategorie C, ist übrigens die Bezeichnung der Polizei für gewaltbereite Fußballfans.

Da es unter den Hooligan-Gruppen viele Rechtsradikale gibt, gerät der Fußball oft unter Generalverdacht. Es gibt jedoch auch viele gute Aktionen gegen Rechtsextremismus – von Spielerinnen und Spielern, Trainerinnen und Trainern, Vereinen und Fangruppen selbst. Rechtsextreme beschwerten sich häufig darüber, dass die Deutschen als einziges Land keinen Nationalstolz haben dürften. Über den Fußball kann das umgangen werden. Fußball vereint Spaß, Spannung und Patriotismus. Erst seit der WM 2006 sieht man wieder häufiger Deutschland-Flaggen an Autos und Balkonen – und das ist auch okay. Leider versuchen Neonazis, aus dem positiven Patriotismus derjenigen, die mit »ihrer« Mannschaft mitfiebern, einen Nationalstolz

zu machen, der auf der Abwertung anderer Nationen basiert. Die rassistischen Vorfälle in und um Stadien häufen sich: Im August 2012 wird der schwarze Dynamo Dresden-Spieler Mickaël Poté von gegnerischen Fans mit Affenlauten beleidigt. Im Netz geht die Hetze weiter. Auch der deutsche Nationalspieler Mesut Özil wird zur Zielscheibe rassistischer Beschimpfungen und in Foren als »Ölauge« und »Ausweisdeutscher« beschimpft.

Immer wieder schwingen Neonazis schwarz-weiß-rote Flaggen (»Reichsflagge« der Nationalsozialisten im Dritten Reich) und Banner mit rassistischen und antisemitischen Parolen im Stadion. Dabei geht es um zweierlei: Sie wollen demonstrieren, dass sie »ganz normal« dazu gehören – und die Identifikation mit dem Verein ausnutzen, um neue Mitglieder zu rekrutieren. Vor allem in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg machen rechts-extreme Fußballfans immer wieder Schlagzeilen. Doch das ist beileibe kein rein ostdeutsches Phänomen. Für die Saison 2013/2014 weist der Jahresbericht der Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) aus, dass etwa 400 Personen (ca. 3,3 Prozent) der bundesweit erfassten »Gewalttäter Sport« dem rechten Umfeld zuzuordnen sind.

Vor Wahlen nimmt auch die Anzahl der Aufkleber und Infoblätter der NPD rund um die größeren Stadien zu. Passend zur Weltmeisterschaft 2014 hatte die NPD zum Beispiel einen WM-Planer herausgegeben. Doch die Rechts-

extremen zielen mit ihrer Propaganda nicht nur auf den Profifußball. Immer wieder wird bekannt, dass führende NPD-Kader in kleinen Vereinen vor Ort aktiv sind oder Jugendmannschaften trainieren. Es finden Fußballturniere rechtsradikaler Hobby-Mannschaften statt, bei denen schon die Namen einiges über die Gesinnung der Fußballer verraten: Freie Nationalisten Siegen, Freie Kräfte Köln, NS Wuppertal oder Nationaler Widerstand Leverkusen.

Das Thema Rechtsextremismus im Sport ist leider nach wie vor hochaktuell. Die SPD-Bundestagsfraktion will rechts-extremistische, rassistische sowie lesben- und schwulenfeindliche Einstellungen im Sport konsequent bekämpfen und Toleranz und Demokratie nachhaltig fördern. Im Koalitionsvertrag mit der Union konnten wir verankern, dass der Einsatz für Demokratie und gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und alle Formen von Menschenfeindlichkeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Deswegen unterstützen wir Vereine, Projekte und Initiativen, die sich der Förderung von Demokratie und Toleranz widmen. Neben dem bereits erwähnten Bundesprogramm »Demokratie leben« gibt es weitere Unterstützung durch die Initiative der Bundesregierung »Verein(t) gegen Rechtsextremismus«. Die rund 91.000 Sportvereine in Deutschland werden darin aufgerufen, ihre Mitglieder, Trainerinnen und Trainer sowie Ehrenamtlichen für die Versuche rechtsextremer Einflussnahme zu sensibilisieren.



*Fans gegen Rassismus und Homophobie im Fußball
(Quelle: No Dice/Ian Stenhouse)*

Wichtige Partner sind außerdem engagierte Fanprojekte vor Ort. Deshalb werden wir auch weiterhin für eine gute Förderung der Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) eintreten, um den offenen Dialog mit den Fanvertreterinnen und Fanvertretern fortzuführen.

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat der Sportausschuss im Mai 2014 das Thema »Gewalt im und um das Fußballstadion« in einer öffentlichen Anhörung im

Deutschen Bundestag debattiert. Für uns ist klar: Nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von allen Beteiligten aus dem organisierten Sport, aus Gesellschaft und Politik können wir Sport gegen offene Angriffe oder latente Unterwanderungen durch rechtsextreme Gesinnung schützen.

Erkennungszeichen: Rechte Codes und Symbole richtig deuten

Das Bild vom Neonazi mit Springerstiefeln und Bomberjacke ist schon lange überholt. Umso wichtiger sind Symbole, Codes und Kleidungsmarken als Erkennungsmerkmale für die rechtsextreme Szene. Dabei spielen Identifikation und Abgrenzung sowie Einschüchterung der »Anderen« eine wichtige Rolle.

Als Reaktion auf die Verbote von eindeutigen Symbolen und Kennzeichen haben Neonazis verschiedene Verschlüsselungsmethoden erfunden, um ihre Erkennungszeichen trotzdem öffentlich tragen zu können. Einige können nur von Insidern gedeutet werden, andere sind vergleichsweise leicht zu enträtseln.

Bekannteste Zahlencodes:

Die Zahlen stehen für die Buchstaben im Alphabet.

18: »Adolf Hitler« (AH)

28: »Blood and Honour« (BH)

74: »Groß-Deutschland« (GD)

88: »Heil Hitler« (HH)

198: 19 und 8 für »Sieg Heil« (SH)

444: »Deutschland den Deutschen« (DDD)

1919: 19 und 19 für »SS«

14: Fourteen Words – »We must secure the existence of our people and a future for white children« – Ausspruch des US-Neonazis David Eden Lane. »Our people« meint dabei »arische Rasse«.

Bei der Kleidung ist vor allem »Thor Steinar« bei Nazis beliebt. Das Label zieht schnell vor Gericht, wird es als rechts bezeichnet. Dennoch sind »Thor Steinar«-Klamotten im Bundestag und einigen Fußballstadien verboten. Andere Marken wenden sich offen an die rechte Szene und sind oft nur in einschlägigen (Online-)Shops zu finden, so etwa »Ansgar Aryan«, »Consdaple« und »Masterrace Europe«. Daneben tragen Nazis gerne »Fred Perry« oder »Ben Sherman«, obwohl sich die Labels deutlich davon distanzieren. Hinzu kommt: Fred Perry war ein jüdischer Tennisspieler – was vielen Rechten wohl nicht bewusst ist.

Weitere Erkennungszeichen sind verschiedene Symbole mit Bezug zur NS-Zeit, beispielsweise Partei- und SS-Abzeichen, Reichsadler sowie Runen und Logos teilweise verbotener Neonazi-Netzwerke. Man findet sie als Aufnäher auf Kleidung, Taschen und Schuhen, aber auch als Tattoo auf der Haut von Rechtsextremen. Das bekannteste Symbol ist dabei das »Hakenkreuz«. Ebenfalls gebräuchlich

sind das »Keltenkreuz«, das einem Fadenkreuz ähnelt, das »Eiserne Kreuz«, die »Triskele« (eine Art dreiarmliges Hakenkreuz), schwarze Sonnen und Zahnräder. Als Farbkombination der Flagge des Dritten Reichs nehmen Schwarz, Weiß und Rot einen besonders wichtigen Platz in der rechten Symbolik ein.

Detaillierte Beschreibungen für die Codes der Nazis mit Bildbeispielen gibt es unter **dasversteckspiel.de**.

Wofür steht die SPD-Bundestagsfraktion?

Wir wollen, dass sich Jede und Jeder mit verantwortlich fühlt, Rechtsextremismus, Rassismus, Abwertung und Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen zu bekämpfen. Hier ist der Staat auf allen Ebenen (Bund, Land und Stadt/Gemeinde) ebenso in der Verantwortung wie du und ich.

Die SPD-Bundestagsfraktion will erreichen, dass die Finanzierung der wichtigen Projekte gegen Rechts sowie für Demokratie und Vielfalt in ganz Deutschland gesichert ist. Deswegen soll der Bund einen maßgeblichen finanziellen Anteil zur Verfügung stellen, damit vor Ort gut gearbeitet werden kann. Bisher bekommen die Initiativen und Projekte Geld für ihre wichtige Arbeit immer nur für einen bestimmten Zeitraum. Mit dem neuen Bundesprogramm »Demokratie leben!« haben wir die Förderperioden schon auf bis zu fünf Jahre verlängert. So können die Aktiven vor Ort besser planen.

Das stärkt auch mobile Beratungsteams, die dahin fahren, wo Hilfe und Beratung gebraucht werden. Opferberatungsstellen unterstützen und beraten Menschen, die Opfer von rassistischer oder sonstiger menschenfeindlicher Gewalt geworden sind.

Was können wir zusätzlich tun, damit es gar nicht erst zu Hass und Gewalt kommt? (Weiter)-Bildung und Wissen über die Verschiedenheit und Gleichwertigkeit aller Menschen ist wichtig, damit Vorurteile abgebaut werden können und es nicht zu Ablehnung und Gewalt gegenüber Minderheiten kommt. Bildungsvereine machen Menschen fit im richtigen Umgang mit Vorurteilen, auch sie brauchen eine kontinuierliche finanzielle Unterstützung.

In einem fraktionsübergreifenden Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion (Bundestagsdrucksache 18/558), dass die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vollständig umgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass Polizei, Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bei ihren Ermittlungen stärker im Blick haben müssen, ob ein rechtsradikaler, rassistischer oder sonstiger menschenverachtender Hintergrund das wahre Motiv für eine Straftat war. Wir fordern, dass alle Bundesländer bei der Aus- und Weiterbildung von ihren Polizei- und Justizbeamten diesen wichtigen Aspekt berücksichtigen.

Städte und Gemeinden wollen wir bei ihrer wichtigen Arbeit für Demokratie und Vielfalt unterstützen, erfolgreiche Modellprojekte – vor allem auf dem Land – weiter zu stärken.

Zusätzlich fordern wir eine gesetzliche Regelung, damit jede Bundesregierung – unabhängig von den politischen Schwerpunkten – immer ein verlässlicher Partner für die Initiativen und Vereine vor Ort bleibt.

Nicht zuletzt ist es eine zentrale Aufgabe, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken und allen jungen Menschen gute Zukunftschancen zu geben. Dazu gehört es, das so genannte Gemeinwesen in den Kommunen zu fördern und unsere Städte und Gemeinden finanziell gut auszustatten, so dass sie Kultur, Sport, Jugend- und Sozialarbeit wieder ausbauen können. Wir dürfen nicht zulassen, dass beispielsweise die NPD in einer Gemeinde anbietet, den Kindergarten auf Parteikosten zu übernehmen, weil die Gemeinde kein Geld dafür hat. Es gilt, Bildung als öffentliches Gut zu stärken und alles dafür zu tun, um allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf beste Bildung zu garantieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion stellt sich gegen Parteien, die den Nationalsozialismus und sein menschenfeindliches Weltbild verherrlichen. Deswegen ist es für uns ein zentrales Anliegen, dass die NPD verboten wird! Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass Jede und Jeder in unserer Gesellschaft dieselben Rechte hat, frei und sicher zu leben. Deswegen zeigt die SPD-Bundestagsfraktion jeder Form von Menschenfeindlichkeit entschieden die Rote Karte!

Grundsätzlich ist es wichtig, menschenverachtende Aussagen, on- und offline, nicht so stehen zu lassen. Also **nachfragen, Argumente auseinandernehmen, Betroffene schützen** und **Freunde aufklären!**

Links: Infos und Hilfe bei Problemen mit Rechtsextremismus

Wer selbst von rechtsextremer Gewalt betroffen ist oder bemerkt, wie sich Freunde radikalisieren, findet Hilfe bei einer der vielen Beratungsstellen:

mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/links-gegen-rechts/links-mobile-beratung

Eine umfassende Themenseite der SPD-Bundestagsfraktion gibt es unter:

www.spdfraktion.de/themen/rechtsextremismus

Weiterführende Links:

bnr.de

demokratie-leben.de

endstation-rechts.de

fes-gegen-rechtsextremismus.de

lautgegennazis.de/blog

netz-gegen-nazis.de

netzwerk-courage.de

no-nazi.net

publikative.org

Nähere Informationen rund ums Thema Rechtsextremismus im Fußball gibt es unter:

fussball-gegen-nazis.de

tatort-stadion.de

Für deine Notizen

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

PETRA ERNSTBERGER MDB

TEXT

AMADEU ANTONIO STIFTUNG (ALICE LANZKE, ALINA VALJENT,
ANNA GROSS, TIMO REINFRANK), SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
(STEPHANIE WEYAND, STEFAN UECKER)

REDAKTION

ALICE LANZKE, ANJA LINNEKUGEL, STEPHAN BORGHORST,
FELIX RASCHE-MARQUES

STAND JANUAR 2015

BILDNACHWEIS

© KEBOX - FOTOLIA.COM (TITEL)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION, SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

